

Protokoll zur Sitzung des BEA am 20. Juni 2017

Vorsitz Peter Heckel

Beginn der Sitzung: 19:30 Uhr
Ende der Sitzung: 21:20 Uhr
Ort der Sitzung: Grundschule am Traveplatz

Gast

Florian Schmidt, Stadtrat für Bauen und Facility Management

Zu Beginn der Sitzung wies der Vorsitzende darauf hin, dass die E-Mail von Oliver Berger vom 10. Juni 2017 nicht in Absprache mit dem restlichen BEA-Vorstand, insbesondere der BEA-Vorsitzenden, erfolgte.

TOP 0: Genehmigung der Tagesordnung, Protokolle

Es gab keine Anmerkungen zur Tagesordnung. Damit Frau Karin Hoffmann, Lehrerin an der Albrecht-von-Graefe-Schule früher gehen konnte, wurde TOP 2 teilweise vorgezogen. Dazu gab es keine Einwände.

Der Vorsitzende musste darauf verweisen, dass die Protokolle der letzten BEA-Sitzungen noch nicht vorliegen.

Der Sitzungs-Vorsitzende Peter Heckel erklärte die Umstände, warum die angekündigte Veranstaltung mit Prof. Ramseger kurzfristig – *der Tagungsraum wurde kurzfristig abgesagt und ein Ausweichort konnte zeitmangels nicht gefunden werden* - verlagert werden mußte und daher die laufende Sitzung mit Zeitdruck organisiert wurde. Der Vorstand wollte vermeiden, dass die Eltern sich umsonst organisiert haben!

Vorgezogen TOP 2: Aktuelle Situation der Schulsanierungen im Graefe-Kiez (Koch Gym., Lemgo GS, Graefe ISS)

Frau Hoffmann führte aus, dass die Kooperation der ISS im Graefe-Kiez mit dem Robert-Koch-Gymnasium laufe. Die Schüler, die das Abitur anstreben, absolvieren die 11. Klasse an der Graefe-Schule, danach würden sie zum Robert-Koch-Gymnasium wechseln. Derzeit sei die Organisation der Kooperation eine Herausforderung, die die Graefe-Schule nächstes Jahr auch spanische Europaschule werde. Die Kooperation mit der Lemgo GS bestehe weiter. Man habe 67 Erstanmeldungen für die 7. Klasse gehabt, die Schule sei also inzwischen nachgefragt. Die Sozialarbeiter der Schule würden in den Grundschulen gezielt Interessenten akquirieren. Man habe 2 10. Klassen und eine 11. Klasse.

Die Integration der Schülerinnen und Schüler, die wegen der Sanierungen aufgenommen worden seien, laufe problemlos.

TOP 1: Bericht aus dem Landeselternausschuss

Frau Cornelia Partmann bemerkte zu Beginn der Ausführungen, dass sie sehr kurzfristig über den Termin und der Bitte, aus dem LEA zu berichten, informiert worden war. **Der Sitzungs-Vorsitzende Peter Heckel verwies noch mal auf die eingangs vorgetragenen Gründe des Zustandekommens der laufenden Sitzung!**

Cornelia Partmann äusserte sich auch kritisch darüber, dass ein vertrauliches Papier des LEA zu den MSA-Prüfungen in der Einladungssmail zu der BEA-Sitzung angehängt worden sei. Das Papier sei zudem nicht aktuell.

Hierauf verwies Peter Heckel, dass die Tatsache, dass ein solches Papier zustande käme, ohne offensichtlich den BEA FK über die Absichten zu informieren, dem Auftrag des Mandates in den LEA entschieden widerspricht. Es kann nicht angehen, dass der LEA ohne Abgleichung der Interessen der Elternschaften im BEA, und damit in die Schulen, solche Prozesse anstrengt, die dann schwer im Sinne der Elternschaften unumkehrbar sind. In dem andere Verbände darüber in

Kenntnis sind und die Elternschaften keine Ahnung haben was sich abspielt ist ein tatsächliches Abbild der Eltern nicht gegeben.

Darauf gab es Zustimmung einzelner BEA-Mitglieder zu Peter Heckels Ausführungen, aber auch vereinzelte beschwichtigende Wortmeldungen mit dem Inhalt, Frau Partmann würde ja jetzt darüber berichtet.

Peter Heckel stellte aber noch einmal kurz klar: *nur nach Aufforderung und beendete die zeitraubende Debatte!*

Danach führte Frau Partmann aus, dass die MSA-Prüfungen an Gymnasien in Berlin einzigartig sei. Die MSA-Prüfungen würden in den Schulen zu viele Ressourcen binden. In anderen Bundesländern gelte der MSA für Gymnasiasten als erteilt, wenn sie die Oberstufe erreichten. Daher habe es von Seiten des LEA immer wieder Anläufe gegeben, diese Regelung anderer Bundesländer für Gymnasiasten auch in Berlin einzuführen. Dies sei bisher mit dem Verweis auf die Gleichbehandlung der ISSen, die ja offiziell als alternativer Weg zur Erlangung des Abiturs eingeführt worden waren, abgeschmettert worden. Daher wolle man nun auch die ISSen in die Regelung mit einbeziehen. Hier solle der MSA als erteilt gelten, wenn die Schüler*innen von den Noten her die Berechtigung erhielten, bis zum Abitur zu gelangen.

Die Präsentationsprüfung solle jedoch als einziges erhalten bleiben, allerdings nicht als Abschlussprüfung, sondern als Vorbereitung zum Abitur. Es könne durchaus an den ISSen und Gymnasien schulinterne Vergleichsarbeiten in der 10. Klasse mit doppelter Gewichtung der Noten geben, um Schüler objektiv einschätzen zu können. Diese Vergleichsarbeiten könnten dann auch die Länge von Klausuren haben.

Die Landesschülervertreter hätten bisher der Abschaffung der MSA-Prüfungen wegen der Diskriminierung der ISSen ablehnend gegenüber gestanden. Der LEA sei allerdings zuversichtlich, dass man mit der Ausweitung auf alle zukünftigen der Abiturienten unabhängig von der Schulform, deren Zustimmung bekomme.

Frau Miriam Pech, Vorsitzende des Verbandes BISSS der ISSen in Berlin befürworte inzwischen die Initiative ebenfalls. Hier habe der Vorstand des Verbandes jedoch noch keine Zustimmung seitens der Verbandsmitglieder erhalten. Nächste Woche würde der Verband erneut tagen.

Allerdings wären auch nicht alle ISSen Mitglied dort.

Aus der Versammlung heraus wurde nachgehakt, ob und wann die betroffenen Eltern von ISS-Schüler*innen über die Initiativen informiert worden seien. Diese Eltern hätten bisher keine Kenntnisse darüber gehabt, weder aus der AG ISS noch aus dem LEA. Frau Partmann erklärte, man könne immer an sie herantreten und sich erkundigen.

Eine Teilnehmerin bemerkte, dass sie sich frage, wie der BEA überhaupt dazu käme, den LEA um Auskunft zu bitten. Außerdem sei die BEA-Sitzung zu ISSen auch substanzlos gewesen.

Peter Heckel verwies noch einmal kurz darauf, dass der LEA die Gesamtelternschaft an Schulen auf Landesebene vertritt. Was nach sich zieht, dass von Unten nach Oben, aber auch von Oben nach Unten kommuniziert werden muss. .

Am Ende des Berichts bat Frau Partmann um Unterstützung, da Herr Schünemann ihre Einladung zur Sitzung der AG Gymnasium des LEA am 26. Juni 2017 nicht verschickt habe. Die Verteilung von Informationen durch Herrn Schünemann habe, dies müsse bitte vom BEA-Vorstand geklärt werden.

Fortführung TOP 2: Aktuelle Situation der Schulsanierungen...

Der Vorsitzende bat den inzwischen eingetroffenen Bezirksstadtrat Bauen, Planen und Facility Management, Florian Schmidt, sich zum Thema Schulsanierungen zu äußern.

Herr Schmidt führte folgendes aus:

Der Sanierungsstau sei ja inzwischen bekannt und belaufe sich für Friedrichshain-Kreuzberg auf 274 Millionen Euro. Aktuell sei die Frage, welche Maßnahmen durch den Senat durchgeführt werden. Dieser habe den Schwerpunkt auf Neubau von Schulen gelegt. Daher müsse der Bezirk einige Vorhaben abgeben, aber nicht alle. Derzeit wolle man für 60 Millionen Euro neu bauen, vor allem in Friedrichshain. Hierbei sei die Koordinationen mit den anderen betroffenen Ämtern schwierig. Die Flächenkonkurrenz in Innenstadtlagen sei groß. Derzeit liefen Überlegungen, Schulen mit anderen Nutzungen wie Kindertagesstätten, Volkshochschulen und Betreuung von Sondergruppen zu kombinieren. Auch müsse man von Beginn an überlegen, wie die Neubauten

bei Bedarf umgenutzt werden könnten, falls sich die Schülersituation wieder ändere. Das Hochbauamt benötige die integrierten Planungen als Grundlage. Dazu käme noch die Herausforderung, den Sanierungsstau abzubauen. Erschwert werde die Lage durch den Personalmangel im Amt, damit die Verwendung der vorhandenen finanziellen Mittel auch umgesetzt werden könne.

Auf Nachfrage nach der aktuellen personellen Ausstattung erklärte Herr Schmidt, es sei nunmehr noch eine Kraft weggefallen. Der Bezirk sei wegen der Besoldungsstruktur benachteiligt. Derzeit laufe ein Auswahlverfahren. Dennoch sei festzuhalten, dass die Fachkräfte-Führungsebene den Bezirk verlasse. Er sei aber zuversichtlich, das Problem zu lösen und die derzeit vakanten 6 Stellen im Bezirk besetzen zu können, um den Zeitplan einhalten zu können. Eine Nachfrage aus der Versammlung ergab, dass man rechne, dass ein Ingenieur Arbeiten für 1 Millionen Euro planen könne. Auf Nachfrage räumte Herr Schmidt zudem ein, dass die Einarbeitung neuer Fachkräfte auch einige Zeit dauern werde.

Bei der Sanierung von Schulen komme auch noch das Problem dazu, wie der Schulbetrieb in den betroffenen Schulen aufrecht erhalten werden könne. Herr Schmidt erkundigte sich in diesem Zusammenhang, wie die Infrastrukturmaßnahmen aus Sicht der Eltern am besten durchgeführt werden sollten.

Zum Schulneubau durch den Bezirk bemerkte Schmidt, dass kaum Flächen dafür zu bekommen seien. Es würde freie Flächen in der Rigaer Str. 71/73 und beim Ostbahnhof (Parkplatz des Kaufhofes) geben. Allerdings seien diese Grundstücke nach Meinung der Senatsbildungsverwaltung für Schulneubauten zu klein. Der Parkplatz am Ostbahnhof sei als Schulstandort geplant. Die Frage sei nun, ob man durch eine baurechtliche Umwidmung des Geländes des Kaufhofes von Gewerbe zu Schule dieses Gelände in die Planungen einbeziehen könne. Der derzeitige Eigner müsste dann entschädigt werden, aber Geld sei ja vorhanden. Auf die Nachfrage, wie lange so ein Verfahren dauern könne, wenn der derzeitige Eigner des Kaufhofes am Ostbahnhof den Rechtsweg beschreite, antwortete Schmidt, er wolle sich erkundigen.

Dennoch sei eine Variantenplanung schon heute ohne Zeitverlust möglich.

Schmidt wies darauf hin, dass es im Bezirk durchaus noch andere Flächen geben würde, mit denen derzeit nichts geschehe. Außerdem gäbe es auch noch einige Wagenburgen, die eventuell in Frage kämen.

Er bat die anwesenden Elternvertreter*innen, für dieses Anliegen zur Not öffentlich Druck zu machen und eventuell auch auf die Straße zu gehen.

Fortführung TOP 1: Stand der Inklusionsdebatte

Die Versammlung wurde verlängert, damit auch Herr Thomas Scheel noch aus dem LEA zum Stand der Inklusionsdebatte berichten konnte.

Herr Scheel bemängelte ebenfalls wie Frau Partmann, dass er um Information im BEA gebeten worden war. Er sei aber gerne bereit, den Vorstand des BEA zu unterstützen. Er fühle sich jedoch als Lückenfüller. Worauf der Sitzungs-Vorsitzende nochmals erwiderte, dass es dem Umstand geschuldet ist, dass die eigentliche Veranstaltung mit Prof. Ramseger kurzfristig aus nun bekannten Gründen verlagert werden musste.

Herr Scheel erläuterte, dass das Thema Inklusion auch für das nächste Schuljahr geeignet sei. Dann könne man die Erfahrungsberichte der Inklusionsschulen vorstellen.

Die Grundidee sei die inklusive Betreuung aller Schüler*innen mit Betonung auf alle. Dies umfasse zudem auch die Hochbegabtenförderung. In der Koalitionsvereinbarung sei ein 10-Jahresprogramm der Senatsverwaltung für alle Kinder hierzu ausgehandelt worden. Auf Bundesebene war 2015 ebenfalls dazu aufgefordert worden, begabte Kinder zu finden und zu fördern.

Im April 2017 hatte zudem der Bundeselternrat gefordert, dass dazu die Gymnasien und Förderschulen in Sachen Hochbegabte Hand in Hand arbeiten müssten, da viele Hochbegabte wegen der dauernden Unterforderung letztlich auf Förderschulen endeten.

Zudem müssten die betroffenen Eltern von Kindern an Förderschulen über die Freizeitangebote für die Kinder dort besser informiert werden.

Hamburg sei übrigens Musterland in Sachen Inklusion. Am 1. Juli würde es eine Unterschriftenaktion dazu geben.

TOP 3 Verschiedenes

Da die Sitzung schon zeitlich überzogen wurde beendete Peter Heckel die Sitzung um 21:20 Uhr..

Protokoll

Christiane Engeland-Kranen

Vorsitz der Sitzung

Peter Heckel